

Kaiser und Kanzler.

CC: Wenn man über den Fürsten Hilow schreiben will, so darf nie unerwähnt bleiben, daß er sich der

Jungeneigung des Kaisers erfreut

hat, die ihm auch sein Lieb, als sich Gruppen von ihm wendeten, mit denen er früher bestimmt gerichtet hat. Wie sehr der Monarch die Arbeiten seines ersten Beraters schätzte, darüber bedarf es nur des Hinweises auf den persönlichen und den geschäftlichen Verkehr des Inhabers der Krone zu seinem Reichskanzler. Es soll hierbei nicht erwähnt werden, ob die Jungeneigung des Kaisers zum Fürsten bis zum trauen „Bernhard“ ging, Tatsache ist, daß der Kaiser, wenn er im Reichskanzlerpalast zu Gast war, von jeder Formlichkeit abließ, und daß er die geschäftlichen Angelegenheiten des Reiches mit seinem Kanzler in einer Weise erledigte, die gutem alten Volkstum entsprach.

Neben dem ausgiebigen Kurierdienst, der stets zwischen Kaiser und Kanzler besteht, neben den unzähligen schriftlichen Depeschen, die tags über vom Schloß oder zum Schloß ihren Weg nehmen, neben den umfangreichen Mitteilungen, die der Reichskanzler neben telephonischen Gesprächen seinem Kaiser zu machen hatte, war die persönliche Aussprache wohl die wichtigste. Oft kam es vor, daß der Kaiser nach Vorlage der für ihn bestimmten Zeitungsauschnitte eine Besprechung mit dem Fürsten für angezeigt hielt, und daß er dann kurz den Befehl zum Anspannen für eine Fahrt nach dem Reichskanzlerpalast gab. So geschah es denn öfters, daß der Kaiser

ganz unangemeldet

kam und den Fürsten am Arbeitstisch überraschte. In solchen Fällen fand natürlich der Kaiser kein angestelltes Programm für die Unterredung vor, er begnügte sich dann im Arbeitszimmer mit dem Fürsten in eine Unterhaltung über die laufenden Geschäfte einzutreten, wobei der Kaiser jedes Hofzeremoniell mied, d. h., daß er kein Thema anging, sondern daß er es dem Kanzler überließ, das zur Erörterung zu stellen, was augenblicklich das wichtigste war.

Es passierte sogar, daß der Kaiser in einer Stunde erschien, zu der der Kanzler in nicht geringe Verlegenheit geriet. So traf er vor Jahren in einem Augenblick ein, als sich der Reichskanzler gerade im Bade befand. Dies hinderte den Kaiser jedoch keineswegs, er nahm vielmehr in der Bibliothek Platz und beschäftigte sich mit Zeitschriften, wobei es ihm jedoch passierte, daß er von „Möhrchen“ gestört wurde, was nicht ohne das gedehnte „Lamento“ abging, denn Möhrchen ist ein treuer Diener seines Herrn. Der Kaiser war bei solchen Unterredungen immer deßhalb laune und erging sich oft in Privatgesprächen mit dem Fürsten, sprach über Kunst und Wissenschaft, Handel und Verkehr.

Ganz anders waren natürlich die Besuche, die der Kaiser dem Kanzler nach vorheriger Anmeldung machte. Bei diesen Anlässen fand er ein bis aufs äußerste geordnetes Programm vor, das stets viel umfangreicher war, als die Zeit, die zur Verfügung stand.

Wer das Zusammenarbeiten zwischen Kaiser und Kanzler im Laufe der Jahre beobachtet hat, der mußte es verstehen, warum in den ersten Jahren der letzten Wochen der Kaiser so sehr zum Fürsten hielt. Die langen Jahre des Zusammenarbeitens hatten eben einen so

zwanngelosten, familiären Verkehr

geschaffen, daß die gelegentlichen schwebenden Fragen mit einer Leichtigkeit vonstatten ging, die mit einem neuen Kanzler erst erzielt werden muß.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Reichskanzler Fürst Hilow hat sich von den Beamten des Auswärtigen Amtes mit einer herzlichen Ansprache verabschiedet, nachdem im Namen der Beamtenschaft Staatssekretär v. Schoen die Verdienste des Fürsten hervorgehoben hatte.

* Die Zeitpunkte für das Inkrafttreten

der am 10. d. eingehend beschlossenen Steuergesetze sind ganz verschieden. Es werden in Kraft treten: das Brausteuergesetz am 1. August d., die Bestimmungen über die Abgabenerhebung von Bier für Rechnung von Gemeinden, die Änderungen des Zollvereinsabkommens vom 8. Juli 1867 dagegen erst am 1. April 1910 — das Tabaksteuergesetz am 15. August 1909, bezüglich der Änderung des Zigarettensteuergesetzes von 1906 am 1. September 1909, das Branntweinsteuergesetz am 1. Oktober 1909 — die Bestimmungen über den Scherstein am 1. Oktober 1909 — die Erhöhung des Kaffee- und Teezollens am 1. August 1909, die Hund- und Beleuchtungssteuer am 1. Oktober 1909, desgleichen die Schaumweinsteuer.

* Um zahlreichen Eingaben der verschiedenen Berufsvereinigungen zu entsprechen, sollen auf Veranlassung der Regierung in der Lohn- und Frachtabrechnung, in der Eisen- und Frankfurterbahnverwaltung durchgreifende Änderungen vorgenommen werden.

Frankreich.

* Die Deputiertenkammer hat das am 2. Juni 1909 geschlossene deutsch-französische Telegraphenabkommen angenommen.

Balkanstaaten.

* In diplomatischen Kreisen Konstantinopels wird mit aller Offenheit von der Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen wegen der Kretafrage gesprochen, falls Griechenland nicht ausdrücklich auf die Hinterlegung der Insel verzichtet. Ob sich Griechenland dazu bereit erklärt wird, ist fraglich, und Aufgabe der Mächte ist es daher, einen Vermittlungsvorschlag zu finden, der beiden Mächten eine Verständigung erleichtert.

Afrika.

* Infolge der jüngsten Ereignisse bei Melilla, wo spanische Truppen aus dem Hinterhalt von Marokkanern angegriffen wurden, hat die spanische Regierung erklärt, daß sie den Nordwesten Marokkos besetzen müsse, da der Sultan offenbar nicht in der Lage sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Es scheint demnach, als solle die letzte Marokkofrage von neuem aufgerollt werden.

Hus dem Reichstage.

Am 10. d. wird die dritte Lesung der Finanzreform fortgesetzt.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Der Reichstag steht vor dem Reichstag seiner Beratungen über die Steuerentwürfe. Durch die bereits gestrichelten und noch zu erwartenden Beschlüsse dieser Lesung wird ja der Gesamtbedarf bewilligt, dessen Verteilung die Finanzvorlagen betreffen. Aber in der Art der Aufbringung ist der Reichstag den Vorarbeiten der verschiedenen Ministerien nur zum Teil gefolgt. Es ist nicht gelungen, Einkommen zu erzielen in einer Weise, die den Verbrauch- und Vermögenssteuern, deren der Bundesrat den Vorschlag vor den an ihre Stelle getretenen Besteuerungen. Die dringend wünschenswert

Einigung der Matrizenumlagen ist nicht erreicht worden. Eine tiefgehende Reformverschiedenheit ist entstanden über die zweckmäßigste Form, Steuern auf den Besitz zu legen, ohne die Steuerformen angreifen, die den Einzelheiten vorbehalten sind. Ihre Beschlässe haben die verschiedenen Regierungen vor die Frage gestellt, ob sie trotzdem die Neuordnung der Reichsfinanz weiter verfolgen oder ihre Regelung eines höheren Zeitpunkt vorbehalten sollten. Sie haben sich einstimmig für die Weiterverfolgung entschieden und sind entschlossen, die derzeitigen Verordnungsgebungen zugleich mit den zugehörigen Belegbüchern unter Ausschluß der für sie nicht anwendbaren Reformsteuern als ein einheitliches Ganzes zur Verabschiedung zu bringen. Für diesen Beschluß sind zahlreiche, nützliche Beratungen bestimmend gewesen. Die Erklärung, die die verschiedenen Parteien dieses hohen Hauses zu den einzelnen Steuerentwürfen abgegeben haben, bietet eine Übersicht darüber, daß die Minister früher oder später notwendiger Zusammenlegung des Reichstages in einer der Verhandlungen des Reiches dieser beschriebenen Gesamtgestaltung überaus zufrieden kommen würde. Die Beschließung würde also nicht ohne die Finanzreform des Reiches auf Monate verzögern, sondern das ganze Werk ins Ungewisse stellen. Der Antrag, die

Entnahmen des Reiches zu festigen und zu vermindern, ist von der ganzen Nation erkannt. Der Reichstag fordert, daß der Reichstag, die nun seit Jahren auf den Finanzen, auf Gewerbe und Verkehr ruht, ein Ende bereitet wird, nicht durch einen Ausbruch in die Zukunft, sondern durch eine Tat der Gegenwart. Die verschiedenen Regierungen sind ohne Ausnahme einig darin, daß die Herabsetzung schwerer wiegt als die Mängel, die sie in den Reichsrechnungen, wenn jetzt die Einigung erzielt wird.

Abg. v. Hedenbrand (son.): Wir freuen uns über die Erklärung des Staatssekretärs, daß die verschiedenen Regierungen ihre Zustimmung zu dem Werke geben. Auch meine politischen Freunde haben schwere Opfer gebracht. Die Gründe, die uns zur Vermeidung der Erblichkeitssteuer bestimmen haben, besitzen nach wie vor fort. Denn es gibt kein Mittel, mit dem auf die Dauer und wirksam es verhindert werden kann, daß die Einnahmen und Bestimmungen, die jetzt in der Vorlage stehen, eine Verschärfung erfahren, die schließlich im letzten Ende zur

Expropriation des Besitzes

führt. Meine schwere Verantwortung ist und demütigt: auf dem Wege, den wir gegangen sind.

liegt der Blick.

Dieser wollte gewisse nationale Interessen unbedingt gesichert und die Vorkerkhaft einer einzelnen Partei beseitigt wissen. Dieses Ziel ist und bleibt erreicht. Aber Fürst Hilow hat aus dem Blick etwas anderes gemacht. Er hat eine Verbindung der konservativen und liberalen Parteien herbeigeführt unter grundsätzlicher Ausdehnung des Zentrums bei maßgebender politischer Arbeit. So mußte es früher oder später zu einem Konflikt zwischen Konservativen und Liberalen kommen, die in vieler Hinsicht eine Weltanschauung trennt und die im letzten Grunde auch wirtschaftliche Gegensätze haben, die nicht überwunden werden können. Meine Freunde bebauern den Rücktritt des Reichstages. Sie verstehen nicht, was dieser Staatsmann für uns gewirkt ist, und daß er die Interessen des Reiches mit großem Geschick vertreten hat. Wenn sich Fürst Hilow für die Erblichkeitssteuer entschieden hat, so verzögert sich ihm diesen Weg nach Damaskus.

Aber er verlangt von uns das Opfer der Überzeugung. Läßt sich dieses Opfer vor der Vorlage tun, wolle Fürst Hilow, daß Zustimmung von unserer Seite nicht zu erwarten war. Man sagt uns an, eine Vorkehrung des Zentrums wieder herbeigeführt zu haben. Ein Bündnis mit dem Zentrum hat nicht bestanden und besteht nicht. Mit den Voten hat uns die soziale Überzeugung zusammengeführt; sonst hätten wir die Zustimmung abgelehnt. Ich habe mich dahin geäußert: Meine politischen Freunde haben in diesem schwierigen Kampf ein gutes Gewissen bewahrt.

Abg. Singer (so.): So sprach der deutsche Kaiser. Die Stunde der Rache an den Konservativen wird kommen. Hilow wurde das Opfer seiner eigenen Schwäche. Dem Liberalismus wird nicht vergessen werden, daß auch er zur Bewilligung von 400 Millionen indirekter Steuern bereit war. Das Volk wird bei den nächsten Wahlen die Antwort geben.

Abg. Hieber (nat.-lib.): Nur schweren Herzens haben wir meine politischen Freunde diesem Geleite gegenüber abschiedend verabschiedet müssen. Wenn nicht eine Finanzreform wird jetzt durchgeführt, sondern ein Steuerkrieg. In diesem Grunde Gedanken hat die Regierung eine Niederlage erlitten. Dem Zentrum waren nur soziale Gesichtspunkte maßgebend. Die Landwirtschaft wäre von der Erblichkeitssteuer nur wenig getroffen worden. Fürst Hilow war ein moderner Staatsmann. Auf seine Politik werden auch seine Nachfolger zurückgreifen müssen.

Abg. Frhr. v. Hertling (Centr.): Die Lösung der Finanzreform kommt nur mit den Konservativen vornehmen, mit denen wir wirtschaftliche Interessen und die Abwicklung von der Einbeziehung der Rücküberden in die Erblichkeitssteuer verband. Ein Bündnis zwischen uns und den Konservativen besteht aber bestreuen nicht.

Nach kurzen Erklärungen der Abg. Diemer (fr. Sp.), v. Ditzgen (sonst.), v. Charlin (Wald), Raab (nat.-lib.), v. Himmelfahrt (sonst.) wird ein Gesamtantrag angenommen. Aber die konstitutionellen Steuern findet momentliche Zustimmung hat. In der Gesamtentscheidung wird das Finanzgesetz mit 226 gegen 127 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die dritte Lesung aller Finanzreformvorlagen ist damit beendet.

Am 12. d. steht auf der Tagesordnung die zweite Lesung des Brauereibefreiungsgesetzes.

Haus. Bundestrat-Protokoll. Rüggenann gibt seinem Beharren Ausdruck, daß Hamburg nicht in die Kreisliste A aufgenommen sei und bitten um entsprechende Abänderung des Kommissionsbeschlusses.

Württemberg, Oberl. Dorrer: Ich habe keine Urkunden hinsichtlich Einigkeit und Zustimmung. Oberl. v. Salge gibt die Erklärung ab.

Abg. v. Edler (son.) erhebt Bedenken über die Kommissionsverhandlungen. Die Kommission habe dem Grundgesetz ohne Bedenken Zustimmung gegeben. „Ohne Bedenken“ bedeutet nicht, daß man keinen Bedenken hat, sondern, daß man die Bedenken nicht für wichtig genug hält, um sie geltend zu machen. Die Kommission hat die Bedenken nicht für wichtig genug gehalten, um sie geltend zu machen. Die Kommission hat die Bedenken nicht für wichtig genug gehalten, um sie geltend zu machen.

17 Millionen über die Vorlage hinaus, wozu sich die Kommission einverstanden erklärt haben. Der Vorstand, daß die höheren Steuern höher bedacht seien als die unteren, ist unannehmlich. Im Durchschnitt beträgt der Gehaltsaufschlag bei den höheren Beamten 8,12 Prozent, bei den unteren 13,08 Prozent, bei den anderen 10,06 Prozent. Die Kommission spricht in einer der Resolutionen auf den Wunsch aus, daß

die Wertschätzungsdarstellungen

schon im Etat für 1910 erhöht werden. Das würde noch dreizehn bis vierzehn Millionen erfordern, was sich schon im nächsten Winter nicht mehr leisten ließe. Unter die Jahr 1910 muß ich daher auch ein Prozeß machen.

Abg. v. Popitz (fr. Sp.): Meine Freunde haben die Beschlüsse im Einzelnen, werden aber die ganzen zusammen. Redner legt dem Bericht, so ist die Notwendigkeit der Beschleunigung durch die

Verfeinerung aller Lebensmittel hervorgerufen worden ist. Die letzten Erhebungen werden lieber durch die Verfeinerung ausgedrückt und zum Teil mehr als die

Abg. v. Sahn (Centr.): Die Kommission hat ihren Beschlüssen wesentlich über die Vorlage hinausgegangen. Ramentlich sind auch

Schäffer und Postkammer über die Vorlage hinaus erhöht worden. Ob die Beschleunigung es bei 3000 RM. im Maximum hinaus ließ, hat 2000 RM. darüber möglich ist, allerdings noch einen besonderen Bundesratsbeschluss gefordert werden.

Abg. v. d. Heideberg (nat.-lib.): Die hier vor einer Gesetzgebung, der wir uns

Genossen unterstützen können.

Inzwischen ist eine ganze Anzahl von Reformen eingegangen, die die Verteilung von so und in anderen Teilen in eine andere Verhältnisse ändern.

Abg. Singer (so.): meine, der Reichstag hat sich in Bezug auf Unternehmungen und

an das „Unannehmbar“ nicht freuen.

Am allermeisten beunruhigt die Möglichkeit, die der Grundbesitzer sich um das Unannehmbar

klammert habe, hier bei den Unternehmungen (Kampfen, wie Unteroffiziere)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben über die Reformen, daß es etwa etwas

Bater aller Hindernisse sei. Gerade die Unternehmungen werden erhöht aufgegeben.

Abg. Frhr. v. Camp (fr.) begrüßt den Antrag auf Gewährung einer Zulage für die

vermehrte zweifelhafte Stellung mit dem Reichstag

Reichsfinanzminister Edler hat den Reichstag

ab. Der Bundesrat habe einstimmig beschlossen, daß jedes Finanzgesetz über den Reichstag

ausdrücklich dieses Gesetzes zur Folge haben

Es wird ein Schlichtungsausschuss angenommen

die Abänderung über die Klassen der

ordnung I. eingegangen. Aus Reihe von

wird abgelehnt.

Die Bundesrat v. d. Heideberg (nat.-lib.)

Abg. (fr. Sp.), v. den ersten drei

Abg. (fr. Sp.), v. den ersten drei

Abg. (fr. Sp.), v. den ersten drei

Abg. (fr. Sp.), v. den ersten drei

Abg. (fr. Sp.), v. den ersten drei

Abg. (fr. Sp.), v. den ersten drei

Abg. (fr. Sp.), v. den ersten drei

Abg. (fr. Sp.), v. den ersten drei

Abg. (fr. Sp.), v. den ersten drei

Abg. (fr. Sp.), v. den ersten drei

Abg. (fr. Sp.), v. den ersten drei